

# „Es ist möglich, Empathie zu zeigen, ohne Partei zu ergreifen“

Die Deutschen ringen seit dem Angriff der Hamas auf Israel um ihre Haltung. Der Berliner Gesellschaftsforscher Özgür Özvatan warnt vor Sprachlosigkeit.

Berliner Zeitung. Von Cedric Rehman, 06.12.2023

## **Herr Özvatan, hatten Sie nach dem Kriegsbeginn im Nahen Osten schon mal Zweifel, ob Sie das, was Ihnen zu den Ereignissen durch den Kopf geht, auch sagen sollten?**

Ich hatte vor einem Monat an der Universität in Amsterdam ein Erlebnis, das mich etwas irritiert hat. Ich bin nach einem Vortrag zufällig in eine propalästinensische Kundgebung geraten, als ich auf der Suche nach Kollegen war. Mein erster Gedanke war: Was wäre, wenn mich jetzt jemand hier fotografiert und das Foto bekannt würde? Der zweite Gedanke war, ob eine solche Veranstaltung zur damaligen Zeit an der Humboldt-Universität überhaupt denkbar gewesen wäre. Dass ich beide Gedankengänge hatte, war bezeichnend für die Debatten in Deutschland. Die besagte Demonstration war ein demokratischer Protest. Friedlich und nicht antisemitisch. Also gab es eigentlich keinen Grund für meine Schnappatmung.

## **Müssen Menschen, die wie Sie als Muslime gelesen werden, jetzt noch mehr darauf achten, was sie sagen oder mit wem sie sich fotografieren lassen?**

Menschen mit einem muslimischen Hintergrund nehmen einen Generalverdacht wahr. Äußerungen nicht nur konservativer Politiker, sondern auch von Bundeswirtschaftsminister Habeck oder der Bundesinnenministerin Faeser auf der Deutschen Islamkonferenz wurden als belehrend und pauschalisierend empfunden. Das entfremdet viele und macht besonders Muslime betroffen, die sich gesamtgesellschaftlich engagieren und auch in ihrer Community gegen Antisemitismus Bildungsarbeit leisten.

## **Geht es nur darum, wie etwas gesagt wird oder auch was gesagt wird?**

Es fällt auf, dass in Äußerungen von Parlamentariern das Leid der Palästinenser nicht stattfindet. Das wurde zunächst auch an der medialen Berichterstattung in Deutschland kritisiert. Allerdings bildet die deutsche Medienlandschaft inzwischen die zivilen Opfer in Gaza und die hiesige Trauer zunehmend ab. Die deutsche Politik scheint diesen Schritt aber noch nicht erkennbar vollzogen zu haben. Es ist ein Repräsentationsproblem und somit ein Defizit unserer repräsentativen Demokratie.

## **Manche jüdischen Stimmen stellen zu wenig Solidarität mit Israel fest. Die palästinensische Community beklagt Indifferenz und kritische Juden fühlen sich in Deutschland nicht gehört. Können die Deutschen jetzt nur alles falsch machen?**

Es lässt sich ein massiver Bekenntnisdruck beobachten, der die Menschen unter Druck setzt und manchmal überfordert. Der Nahostkrieg ist kein Fußballspiel, bei dem nur eine Mannschaft angefeuert werden darf. Betroffenen Gruppen geht es doch in erster Linie darum, in ihrem Leid gehört und gesehen zu werden. Es ist möglich, Empathie zu zeigen, ohne Partei zu ergreifen. Der Druck, sich zu bekennen, konterkariert Potenziale für Empathie und verengt den Raum für viele, die sich auf die Seite des Leids ziviler Opfer stellen möchten – egal welcher Herkunft.

## **Nun wird eine Parteinahme für Israel als historisches Vermächtnis der Shoah postuliert. Wäre Äquidistanz im Nahostkrieg für Deutsche nach Auschwitz nicht fragwürdig?**

Zunächst einmal ist der Kontext wichtig: Leider haben wir gesamtgesellschaftlich weiterhin zu hohe Werte für Antisemitismus in Deutschland, insbesondere am rechten Rand. Zur Frage des Vermächtnisses unterstreicht die jüdische Autorin Deborah Feldman, dass die Lehre aus der Shoah ein universeller Einsatz für die Menschenrechte ist. Kritik an der israelischen Regierung zu üben, scheint für viele Menschen in Deutschland nicht einfach zu sein. Genauigkeit ist hier ein Schlüsselement. Es geht um präzise Kritik an einer bestimmten Regierung. Sie darf nicht Israels Existenzrecht in Abrede stellen.

## **Müssen wir uns überhaupt eine Meinung zum Krieg zwischen Israel und der Hamas bilden? Nahost-Experten mit fundiertem Wissen mal ausgenommen: Die meisten Deutschen haben nur beschränkte Vorkenntnisse. Und wer gar nichts sagt, sagt nichts Falsches.**

Es ist zu beobachten, dass viele, die zu Empathie mit allen Betroffenen in der Lage sind, sich leider häufig für den Rückzug aus der Debatte und das vorsichtige Schweigen entscheiden. Oder sie werden einem einseitigen Bekenntnisdruck ausgesetzt, den sie vermeiden möchten. Dieser Druck ist nicht förderlich für eine wehrhafte Demokratie, die auf Beteiligung angewiesen ist.

### **Welche Folgen hat dieser Druck?**

Wenn sich analoge Räume für einen Meinungs austausch schließen, weil gefühlt wird, dass nicht alles geäußert werden kann oder Leid nicht repräsentiert wird, wandern viele in die digitale Sphäre ab. Im Netz ist die Dynamik aber selten gut, auch wegen der Algorithmen. Sie verstärken Radikalisierungsprozesse in einem beängstigenden Tempo. Die Wahrnehmung, nicht alles äußern zu können, gab es auch schon in der Migrationsdebatte, während der Pandemie und nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs.

### **Ist an dem Vorwurf von gesellschaftlich genormten Meinungskorridoren aus Ihrer Sicht etwas dran?**

Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre haben am Gefühl des offenen Meinungs austauschs gekratzt. Die Wahrnehmung von gesteuerten Meinungskorridoren mag nicht der Realität entsprechen, aber die Wahrnehmung an sich ist für Menschen wirkmächtig und handlungsleitend. Die öffentliche Debatte in der Pandemie ist im Nachhinein betrachtet unglücklich verlaufen.

### **Wie meinen Sie das?**

Es gab ein Gefühl, dass nicht einmal im Parlament über staatliches Handeln kontrovers diskutiert wird. Im Nahostkrieg empfindet wieder ein Teil der Bevölkerung ein Pluralitätsdefizit. Aus verschiedenen Richtungen wird das Gefühl laut, dass Leid in der öffentlichen Debatte sich nicht wiederfindet. Diese Gefühle könnten durch eine bessere Repräsentationspolitik und Kommunikation der Politiker aufgefangen werden. Nun fühlt sich auch ein Teil des progressiven Milieus vom Diskurs ausgeschlossen, dem in der Vergangenheit selbst Cancel Culture vorgeworfen wurde. Manche Konservative dürften nur staunen. Es ist eine Strategie reaktionärer Kräfte, sich selbst als Opfer von Cancel Culture zu inszenieren, während sie Cancel Culture durchsetzen. Es ist aber leider auch eine Dynamik in verschiedenen Lagern zu beobachten, dass Personen statt Standpunkte kritisiert und diskreditiert werden. Gerade auf Social Media sind viele regelrecht auf einem Denunziationskurs. Solche personenbezogenen Versuche der Diskreditierung schaden der Qualität einer Demokratie.

### **Würden wir uns in Debatten über Konflikte wie im Nahen Osten leichter tun, wenn wir weniger über Moral und mehr über Interessen sprechen würden?**

Das ist eine schwierige Frage. Da gibt es die Kritik etwa aus dem globalen Süden an Doppelstandards angesichts moralischer Ansprüche einerseits und der Verfolgung von Interessen andererseits. Es wird gefragt, warum in einem Fall die Außenpolitik feministisch ist, in einem anderen Fall die Rechte von Frauen oder Kindern gering gewichtet oder nicht gesehen werden. Es ist eine hohe Kunst, moralische Ziele mit Interessen zu verzahnen, aber keinen Zweifel am moralischen Gehalt zu hinterlassen. Das war schon eine schwierige Aufgabe, bevor Annalena Baerbock als Außenministerin von feministischer Außenpolitik gesprochen hat.

### **Wie kann das Deutschland gelingen?**

Ein besonderer Blick für die Menschenrechte ist für mich eine wesentliche Lehre aus der Shoah. In der Umsetzung ist das oft komplex. Wir leben gerade in Zeiten, in denen sich die Tektonik der internationalen Politik verschiebt und sich außen- und innenpolitische Herausforderungen miteinander vermengen.